



KOMMENTARE

Mit Kalkül

Christian Altmeier über den erneuten Atomtest in Nordkorea

Schon der frühere Machthaber Kim Jong Il wurde von einem Magazin einst als „Der Irre mit der Bombe“ bezeichnet. Und sein Sohn Kim Jong Un gilt als noch unberechenbarer und jähzorniger. Dennoch folgt das nordkoreanische Atomprogramm einem rationalen Kalkül. Mit der Entwicklung der Bombe sichert Kim seine Macht sowohl nach innen als auch nach außen. Der Propagandaerfolg festigt seine Stellung gegenüber Partei und Militär – denn noch immer gilt als unklar, wie sicher Kim im Sattel sitzt. Und gegenüber Südkorea und dessen Schutzmacht USA ist der Status als Atommacht ohnehin eine wichtige Lebensversicherung für die Diktatur.

Die Welt reagiert mit Entsetzen – und mit Ratlosigkeit. Die Sanktionen zeigen nicht die erhoffte Wirkung, da sie von China unterlaufen werden. Obwohl die Führung in Peking durch den jüngsten Atomtest ebenfalls düpiert wurde, fürchtet sie den Zusammenbruch des Regimes in Pjöngjang – und eine Stärkung des US-Einflusses in Ostasien. Hinzu kommt, dass Sanktionen vor allem die hungerrnde Bevölkerung treffen. Um ihre Not zu lindern und Einfluss auf die Politik nehmen zu können, helfen nur direkte Kontakte nach Nordkorea. Kim hat sich neben der Aufrüstung den wirtschaftlichen Fortschritt auf die Fahnen geschrieben. Dazu braucht er Unterstützung – die es nur gegen Zueinstimmungen des Diktators geben darf.

Parallelen

Daniel Bräuer über die Beziehung zwischen Merkel und Seehofer

Der Streit um das Besuchsverbot deutscher Abgeordneter auf dem türkischen Stützpunkt in Incirlik könnte als Blaupause dienen, wie der unionsinterne Zwiist beizulegen wäre. Die Parallelen sind auffällig: Angela Merkel und ein Widerpart, von dem sie Welten trennen – inhaltlich und stilistisch. Der sich in seiner Macht oder seiner Identität angegriffen fühlt und deshalb emotionaler agiert und reagiert als die Kanzlerin. Dem am Erfolg auf eigenem Territorium mehr gelegen ist als an einer Verständigung mit Berlin. Und der es in der Hand hat, durch ein öffentliches Zerwürfnis Merkel mehr zu schaden als sich selbst: Im Fall Erdogan ist die Bruchstelle der Flüchtlingsdeal, dessen Ende die Zugzugszahlen bald wieder ins (für Merkel) Unerträgliche steigen lassen würde. Im Fall Seehofer die Fraktionsgemeinschaft der Schwesterparteien, deren Bruch das größte Beben der Parteienlandschaft seit Bestehen der Republik wäre. Und wohl das Ende der Kanzlerschaft Merksels.

Der Incirlik-Streit wurde durch eine symbolische Geste beigelegt, die Merkel gerade noch so das Gesicht wahren ließ und die der andere als Erfolg für sich verbuchen konnte. Für den Flüchtlingsstreit, in dem die CSU sehr kategorische Gegensätze aufgezeichnet hat, scheint eine solche Option allerdings in weite Ferne gerückt.



Schwesterliche Fürsorge

Karikatur: Heiko Sakurai

„Der 11. September hat den Terrorismus verändert“

Politologe Harnisch: US-Invasion im Irak hat IS ermöglicht – Moderaten Muslimen nicht misstrauen

Von Benjamin Auber

Heidelberg. Jeder kann sich noch daran erinnern, was er gerade tat, als vor genau 15 Jahren die Flugzeuge in die Türme des World Trade Centers flogen. Der Heidelberger Politikwissenschaftler Sebastian Harnisch (49, Foto: privat) saß wie viele zu Hause vor dem Fernseher und sah den Entwicklungen gebannt zu. Auch Jahre später steht der internationale Terrorismus mit den Gewalttaten in Europa im Fokus. Die RNZ blickt mit Harnisch, Experte für internationale Beziehungen, zurück und diskutiert die Folgen des 11. Septembers.



Beim Sicherheitsempfinden spielt die Medienberichterstattung in Bezug auf Kleinkriminalität oder auf Tötungsdelikte eher eine Rolle. Im Augenblick steht bei der Sicherheitswahrnehmung ein kulturelles Unwohlsein im Vordergrund.

> Die Skepsis gegenüber Muslimen wird stärker. Wie hat sich die Wahrnehmung entwickelt?

Es gibt keinen einheitlichen Trend. Sicherlich hat die Entscheidung der Kanzlerin, Flüchtlinge aus muslimisch geprägten Staaten aufzunehmen, Veränderungen herbeigeführt. Ich würde auch sagen, dass es in der Bundesrepublik ein konkretes Bedrohungsempfinden gibt. Unterschwellig herrscht ein Misstrauen, weil es die Vorstellung gibt, dass islamische Religionsgemeinschaften den gewalttätigen Terrorismus stützen könnten. Friedliche und moderate Muslime sind aber die besten Verbündeten gegen den islamistischen Terror. Wir dürfen nicht vergessen, dass mehr Muslime weltweit durch die Hand von Islamisten sterben als Angehörige jeder anderen Religionsgruppe.

> Im Kampf gegen den internationalen Terrorismus sind neue Formen wie der IS entstanden. In welchem Zusammenhang steht das mit dem 11. September?

Der Tag vor 15 Jahren hat diesen Terrorismus nicht gemacht, sondern hat ihn verändert und wie eine Art Katalysator gewirkt. Natürlich kann man sagen, dass ohne die amerikanische Invasion im Irak der IS so als Terrororganisation mit territorialem Anspruch nicht entstanden wäre. Er ist geprägt vom religiös-fundamentalistischen Terrorismus und Teilen des irakischen Militärs. Das erklärt die Schlagkraft und die Eroberungen in Syrien sowie im Irak. Normalerweise wollen Terroristen kein Territorium er-

obern. Insofern ist der IS eine besondere Form. Wir können aber jetzt schon beobachten, dass sich der IS zu einer herkömmlichen Terrororganisation zurückentwickelt. Sie will Angst und Schrecken im Westen, aber auch in schwachen Staaten verbreiten.

> Neue Behörden wurden gegründet und Bürgerrechte teilweise empfindlich beschnitten. Auch in Deutschland rüsten Geheimdienste auf. Ist das die richtige Antwort auf die Bedrohungslage?

Ich glaube, dass das ein Teil der Antwort ist. Aber demokratische Gesellschaften haben immer zwischen ihrem Sicherheitsempfinden und dem Freiheitsbedürfnis abzuwägen. Wir müssen tagtäglich darüber streiten, wie viel Rechte wir Geheimdiensten einräumen, weil sie dem Prinzip des transparenten demokratischen Regierens entgegenstehen. Im weitesten Sinne sind Geheimdienste demokratiefeindlich, weil ihr Handeln von Bürgern nicht mehr nachempfunden und dann kontrolliert werden kann. Die notwendige Aufklärung, die diese Dienste leisten, darf nicht dazu führen, dass die Bevölkerung selbst zum Opfer dieser Tätigkeiten wird.

> Hat mit den Anschlägen vom 11. September eine neue Zeitrechnung der internationalen Beziehungen begonnen?

Nein, das glaube nicht. Es ist zwar richtig, dass das ein Einschnitt bedeutete, aber die Welt wird nach wie vor durch Staaten und nicht durch islamistische Terrorgruppen beherrscht. Das Internet, der Aufstieg Chinas oder der Klimawandel sind viel schwerwiegendere Trends für die internationale Gemeinschaft, als der 11. September. Das soll die gewaltigen Auswirkungen für Amerika und die Menschen weltweit nicht verschweigen.

RNZ-LEXIKON

Al-Kaida

Die Ursprünge des Terrornetzwerks Al-Kaida („Die Basis“) gehen auf die 1980er Jahre zurück. Damals schlossen sich viele Araber dem Kampf der Afghanen gegen die sowjetische Besatzung an, so auch Osama bin Laden, Sohn einer reichen saudischen Familie. Er und seine Mitstreiter rekrutierten Freiwillige. Später exportierten die Extremisten ihren Dschihad („heiliger Krieg“) in andere Länder. Ins Bewusstsein der Öffentlichkeit im Westen rückte Al-Kaida durch zahlreiche Attentate, mit dem 11. September 2001 als blutigem Höhepunkt.

Nach jahrelanger Jagd erschossen US-Elitesoldaten Bin Laden im Mai 2011 bei einer Kommandoaktion in der pakistanischen Stadt Abbottabad.

Neuer Al-Kaida-Chef ist Aiman al-Sawahiri, der mit Bin Laden bereits in Afghanistan kämpfte. Er gilt eher als blass. Dagegen haben die regionalen Ableger an Bedeutung gewonnen, zum Beispiel Al-Kaida auf der Arabischen Halbinsel (AQAP), die Teile des Jemens kontrolliert. Inzwischen hat die Terrormiliz IS im weltweiten Dschihad Al-Kaida den Rang abgelassen. Die einst Verbündeten bekämpfen sich heute. dpa

PRESSESPIEGEL

Sinnlosen Anti-Terror-Krieg beenden

Die „Nürnberger Nachrichten“ sehen von 15. Jahrestag der Anschläge in New York den „Krieg gegen den Terror“ gescheitert:

„Osama bin Laden ist tot, George W. Bush im Ruhestand (...): Eigentlich wäre der 11. September 2016 der ideale Tag, um diese sinnlose Auseinandersetzung endlich für beendet zu erklären. Natürlich haben demokratische Gesellschaften das Recht, sich zur Wehr zu setzen (...). Aber sie haben auch die Pflicht, sich und ihr Verhalten ständig zu überprüfen – damit aus 15 Jahren Krieg gegen den Terror kein neuer 30-jähriger Krieg wird.“

Schäubles Pflicht, kein Geschenk

Die „Westfälische Nachrichten“ (Münster) zu Schäubles Steuerplänen:

„So entpuppt sich bei näherer Betrachtung das Paket nicht als wohlfeiles Wählergeschenk, sondern in erster Linie als nüchternes Ergebnis der regierungsamtlichen Pflichtaufgabe, das Existenzminimum steuerfrei zu stellen sowie den Grund- und Kinderfreibetrag entsprechend anzupassen. Viel Pflicht, wenig Kür. Schäuble eben.“

Eine freche Machtdemonstration

Die „Volksstimme“ (Magdeburg) zu Nordkoreas Atomwaffentest:

„Diktator Kim Jong Un demonstriert damit frech seine Macht nach außen und innen. (...) Doch sein Sturz würde die koreanische Halbinsel in einen gefährlichen Unruheherd verwandeln. Das kann Peking nicht gebrauchen.“

Die EU ist mehr als Brüssel

Die „dänische Tageszeitung „Politiken“ (Kopenhagen) schreibt zur EU-Skepsis:

„Großbritannien hat sich herausgesagt, andere Länder sind möglicherweise auf dem Weg dorthin (...) Wir machen einen Fehler, wenn wir die EU zu einer Frage über Brüssel machen. Die EU ist viel mehr als das. Die EU ist all das, was wir zwischen uns haben. Wir können versuchen, von Europa wegzulaufen, aber wir können es nicht verlassen.“

Trumps Held und Wadenbeißer

Als besonnener Bürgermeister von New York managte Rudolph Giuliani den 11. September 2001 – Heute provoziert er im Wahlkampf

Von Sören S. Sgries

New York/Heidelberg. Man muss nicht lange nach dem bedeutendsten Moment im Leben von Rudy Giuliani suchen. Natürlich nicht. Er war am 11. September 2001 Bürgermeister von New York. Als Krisenmanager, mit Staubschutz vor dem



GESICHT DER WOCHE

Mund und Baseball-Kappe der Feuerwehr („FDNY“) auf dem Kopf, eilte er durch die rauchenden Ruinen. Zur „Person des Jahres“ erklärte ihn das Time-Magazin. Als „Mr. Mayor“, „Herr Bürgermeister“, wird der 72-Jährige noch heute angesprochen – dabei musste er bereits mit dem Jahreswechsel 2001/02 sein Büro in der City Hall räumen. Mehr als zwei Amtszeiten waren nicht erlaubt.

Giuliani spricht gerne über diese Zeit. Kritiker sagen: Vor allem, weil der gelernte Anwalt seine Heldengeschichte so

einträglich verkaufen kann. Doch natürlich füllt so ein Ereignis nicht nur die Räder-Taschen, sondern prägt. „Es war wie im Krieg, eine Erinnerung, der ich niemals entkommen werde“, sagte Giuliani Anfang Juni in einem Interview. Und erzählte, dass er seither ein grünes Armband trage. Es verbinde ihn mit einem Feuerwehrmann, der starb. „Der Spruch darauf ist für jeden sichtbar: Never forget.“

Niemals vergessen – gar nicht so einfach. „Vor Obama gab es keinen erfolgreichen radikal-islamischen Anschlag in den USA“, behauptete Giuliani kürzlich tatsächlich. Der Spott war groß. Doch der einstige Polit-Rentner kämpft jetzt ja für eine wichtige Sache – da nimmt er es mit der Wahrheit nicht gar so genau.

Seit dem Nominierungstags der Republikaner trommelt der New Yorker „Law-and-Order“-Mann für Donald Trump, den guten alten Bekannten aus der City. Zu „Trumps Hasspredigern“

wird er seitdem sogar gezählt, so energisch, so verbissen, so rücksichtslos springt er durch die Talkshows des Landes. Der Präsidentschaftskandidat ist ein Populist? Giuliani schlägt ihn mit Leichtigkeit – auch aus Kalkül, wie Beobachter vermuten. Der Wadenbeißer bricht die wenigen Tabus, die für den Kandidaten dann doch noch gelten.

Giulianis Taktik lässt sich zum Beispiel in einer Auseinandersetzung mit



„Vor Obama kein radikal-islamischer Anschlag in den USA“: Die Wahrheit biegt sich Giuliani gern zurecht. Foto: dpa

Moderator Chris Matthews vom Donnerstag beobachten. Der bekennende Obama-Anhänger konfrontiert Giuliani damit, dass er wiederholt behauptete, die Demokratin Hillary Clinton sei krank. Ob er Beweise habe? Nein, setzt Giuliani mehrfach an, aber... Und dann kommen wieder Gerüchte auf den Tisch. Vor 15 Jahren stiefelte er übrigens noch Seite an Seite mit Clinton, die damals Senatorin von New York war, durch die getroffene Stadt. Gemeinsam warnten sie vor Hass und einer Spaltung der Gesellschaft.

Manchmal wirkt der 72-Jährige reichlich platt. Er ist allerdings keineswegs zu unterschätzen. Das italienische Arbeiterkind aus Brooklyn bewältigt einen beeindruckenden Aufstieg: Staatsanwalt, Justizminister, dann Bundesstaatsanwalt. In den 80ern aufsehenerregende Prozesse gegen die Mafia. Ab 1994 Bürgermeister. Ihm gelingt es innerhalb von acht Jahren, die Kriminalitätsrate deutlich zu senken. Unerfreulich – und sehr kurz – verließ allerdings die eigene Kampagne zur Präsidentschaftskandidatur 2008. Seine Partei lehnte ihn ab. Jetzt hofft er auf ein Ministeramt.

IMPRESSUM

RHEIN-NECKAR-ZEITUNG



Gegründet 1945 als erste deutsche Zeitung in Württemberg-Baden

Herausgeber: Inge Hölitzke, Joachim Knorr, Michael Gindele

Chefredakteure: Inge Hölitzke, Dr. Klaus Welzel
Chef vom Dienst: Joachim Knorr, Thomas Heilmann
Politik: Dr. Klaus Welzel, Stellv. Christian Altmeier
Magazin: Rolf Kienle - Feuilleton: Volker Oesterreich
Wirtschaft: Thomas Veigel - Sport: Joachim Klähn, Stellv. Claus Weber - Metropolregion/Bergstraße: Peter Wiest, Stellv. Carsten Blaus - Redaktion Heidelberg: Dr. Micha Horrie, Stellv. Sebastian Riemer
Region Heidelberg: Thomas Frenzel - Service-/Kinderredaktion: Inge Hölitzke - Verlagsleiter: Joachim Knorr, Thomas Heilmann - Anzeigen: Andreas Miltner - Vertrieb: Michael Engert

Alle 69117 Heidelberg, Neugasse 2, Telefon: 0 62 21 / 519-0
Verlag: Rhein-Neckar-Zeitung GmbH
Druck: Heidelberger Mediengestaltung-HVA GmbH, Heidelberg, Hans-Bunte-Straße 18

Monatsbezugspreise einschl. 7 % MwSt.: Durch Träger 34,10 €, Abholabo 33,10 €, Postbezug 36,90 €
Streiband 34,10 € + Porto. Abbestellung nur zum Monatsende, 4 Wochen vorher schriftlich beim Verlag. Bei Bezugsunterbrechung wird Bezugsgeld ab dem 4. Erscheinungstag erstattet. Bei Störung durch höhere Gewalt, Streik, Aussperrung besteht kein Ersatzanspruch. Gültige Anzeigenpreisliste: Nr. 68. Für unverlangte Manuskripte keine Gewähr.

Erscheint mit folgenden Ausgaben:
Heidelberger Nachrichten, Region Heidelberg, Wieslocher Nachrichten/Waldorfer Rundschau, Eberbacher Nachrichten, Schwetzingen Nachrichten, Bergstraße/Mannheim - Weinheimer Rundschau, Sinheimer Nachrichten - Bad Rappenauer Bote/Eppingen Nachrichten, Mosbacher Nachrichten, Nordbadische Nachrichten.